



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Menschenrechte schützen - Biometrische Fernidentifizierung verbieten

Stand vom 27.06.2024 12:26:17 bis 28.06.2024 17:33:59

Angegeben von:

D64 - Zentrum für digitalen Fortschritt e.V. (R000251) am 27.06.2024

Beschreibung:

D64 fordert den Deutschen Bundestag auf, jede Form der biometrischen Fernidentifizierung in Deutschland zu verbieten. Obwohl der AI Act der EU biometrische Überwachung im öffentlichen Raum grundsätzlich verbietet, erlauben zahlreiche Ausnahmen dies für Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden. Ein nationales Verbot soll den Schutz der Menschenrechte sicherstellen und das ständige Gefühl der Überwachung vermeiden. Dies steht im Einklang mit dem Koalitionsvertrag, der biometrische Erkennung im öffentlichen Raum ablehnt und das Recht auf Anonymität betont.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/1199 (Vorgang) [alle RV hierzu]

über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen bzw. nicht überwiesenen Unionsdokumente - (Eingangszeitraum: 28. Februar bis 4. März 2022)

Betroffene Interessenbereiche (10)

Cybersicherheit [alle RV hierzu]

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]

Digitalisierung [alle RV hierzu]

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]

Institutionelle Fragen der EU [alle RV hierzu]

Kriminalitätsbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#)

Opferschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU [\[alle RV hierzu\]](#)

Terrorismusbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#)

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. **[SG2406260139](#)** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)